



# BILLIARDEN FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DER AGENDA 2030

## Von der „Transformation unserer Welt“ zum Anlagemodell?

Die Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist eine Mammutaufgabe. Diese Wahrnehmung wird unterstützt von Schätzungen, die davon ausgehen, dass zu ihrer Verwirklichung nicht mehr nur viele Milliarden, sondern Billionen von US-Dollar zusätzlich benötigt

werden. Diese Aussicht hat dazu geführt, dass Regierungen allein nicht mehr dazu in der Lage gesehen werden, die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu realisieren. Doch während die Finanz- und Privatwirtschaft bereitwillig Mittel zu lukrativen Investitionen beischießt, wird aus dem Blick verloren, dass zur Umsetzung einer Nachhaltigkeitsagenda mehr nötig sein wird, als das Auftreiben neuer und zusätzlicher Finanzmittel. Zumal einige der diskutierten Instrumente nicht frei von Risiken und Nebenwirkungen sind.

SCHON WÄHREND der Formulierung der SDGs geisterten diverse Schätzungen durch die Reihen der ExpertInnen. Weil im Kontext der Agenda 2030 alle Politikbereiche adressiert werden, geht es bei ihrer Verwirklichung um gigantische Summen. Anstelle von Milliarden, wie noch für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele, geht es jetzt um Billionen von US-Dollar pro Jahr. Damit sprengen die Summen nicht nur jedes vorstellbare Maß, sondern übertrafen auch bei Weitem die klassischen zur Hilfe genommenen Töpfe, von den Mitteln der öffentlichen Entwicklungsfinanzierung bis zu den Mitteln, die zur Bekämpfung des Klimawandels vorgesehen sind.

### Wie das Kaninchen vor der Schlange

Das brachte die beteiligten Akteure schnell in eine verzwickte Lage. Wie sollten sie so große Mittel aufreiben? Denn viel Geld wird gerade in die Transformation im Globalen Norden gesteckt werden müssen, vom Kohleausstieg bis zur Neuaufstellung der Verkehrsinfrastruktur und der Armutsminderung. Dafür sind aber ganz andere Hebel nötig, als die eher geringen Summen, die für die internationale Zusammenarbeit bereitgestellt werden.

Entsprechend sind die beteiligten Akteure in eine Art Überforderungsspirale geraten. Dabei spielen drei Fehlschlüsse eine zentrale Rolle: (1) Die beteiligten Ressorts – in Deutschland das Entwicklungs- und das Umweltministerium – sehen sich (zu Recht) als zu schwach für die um-

fassende Aufgabe der Agenda 2030. Dabei wird übersehen, dass sie gar nicht die zentralen Ansprechpartner sein sollten; in Deutschland wären das das Finanz-, das Wirtschafts- oder Verkehrsministerium. Insgesamt spiegelt sich hier eine neoliberal geprägte Mutlosigkeit und ein Glaubensverlust in die eigene Handlungsfähigkeit. (2) Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung werden noch immer zuvörderst als Kostenfaktor gesehen. Wirtschaftswachstum und Industriepolitik werden als die Grundvoraussetzung dafür gesehen, ohne die „Deutschland sein hohes Einkommensniveau sowie sein hohes Niveau an Bildung, Umweltschutz, sozialer Sicherheit, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur nicht aufrechterhalten [könnte].“ (3) Damit hängt zusammen, dass Transformation nur als Zukunfts- und Zusatzaufgabe wahrgenommen wird. Dabei geht es nicht nur um eine grüne Garnitur für bestehende nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster, sondern um deren Ersatz.

### Die SDGs als Anlagemodell?

Weitere Ablenkung bot die globale Ökonomie der letzten Jahre: In Folge der Finanz- und Wirtschaftskrisen seit 2008 sehen sich viele AnlegerInnen bei großer Liquidität schwindenden Anlagemöglichkeiten gegenüber. Diese versuchen sie nun möglichst risikoarm und renditereich im Bereich nachhaltiger Entwicklung zu erschließen.

Die Idee ist simpel: Regierungen subventionieren private Investitio-

nen in nachhaltige Sektoren (z. B. über Kreditausfallsversicherungen oder Bürgschaften) oder nutzen ihre Bonität für günstige Kredite. Dieses sogenannte Blending, also die Vermischung privater und öffentlicher Mittel zur Finanzierung der Nachhaltigkeitsziele hat aber einen Haken: Während es für AnlegerInnen tatsächlich lukrative Märkte eröffnet, werden die nötigen Mittel für die SDGs so auch nicht erreicht. Dafür werden aber die spärlichen Summen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt, die danach für weniger gewinnträchtige, dafür aber um so notwendiger Investitionen – in Sozialsysteme in den ärmsten Ländern – nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ein anderer gerne vorgeschlagener Weg ist der der öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP). Dieses Instrument zur Infrastrukturfinanzierung wird für den Globalen Süden noch immer als Allheilmittel verkauft. Dabei zeigen zahlreiche Studien, dass ÖPP für die öffentliche Hand praktisch immer teurer und riskanter sind, als die normale Vertragsvergabe und Beschaffung. Daneben haben ÖPP oft auch noch negative Auswirkungen auf die Umsetzung der SDGs: Sie diskriminieren überdurchschnittlich oft arme Personen, haben potenziell schwerwiegende soziale und ökologische Auswirkungen, regelmäßig Transparenzdefizite und waren insgesamt nur schwer zu managen – auch für kapazitätsstarke Verwaltungen im Globalen Norden.

Ein weiteres Instrument, das von privaten und öffentlichen Akteuren

zur Finanzierung der SDGs diskutiert wird, sind bestimmte Anleihen bzw. Schuldverschreibungen (engl. bonds). „Green Bonds“ werden für die Finanzierung von Klima- und Umweltschutz-Maßnahmen ausgegeben. „SDG Bonds“ haben zum Ziel, Projekte zu verschiedenen SDGs zu finanzieren. Diese Art der Anleihen ist unter anderem deshalb interessant, weil sie als Vermittlerin zwischen institutionellen Investoren und Projekten mit Finanzierungsbedarf fungieren könnten. Sie sind durch öffentliche Mittel oder die schiere Größe der ausgebenden Institution abgesichert. Das ermöglicht günstigere Zinskonditionen als eine direkte Kreditaufnahme. Während dagegen prinzipiell wenig einzuwenden ist, zeigt sich bei einem genaueren Blick schnell, dass es sich hierbei (noch) um ein absolutes Nischenprodukt handelt. Auch gibt es noch keine festen Kriterien dafür, was sich als nachhaltiges Investment qualifiziert. Investitionen in ein Staudammprojekt könnten als CO<sub>2</sub>-reduzierend mit Green Bonds finanziert werden. Die sozialen Folgen eines solchen Projekts widersprechen aber ggf. einer Reihe von SDGs.

## Ohne Geld ist nicht alles nichts, aber...

Anstatt auf diese mehr oder weniger geeigneten Instrumente zu hoffen, die bestenfalls nur geringe Beiträge zur Verwirklichung der Agenda 2030 leisten werden, sollten sich die Regie-

rungen einige Dinge ins Bewusstsein rufen:

Erstens sind Staaten nur so schwach, wie wir sie sein lassen. Die Privatisierungs-, Deregulierungs- und Spar-Rallyes der letzten 25 bis 30 Jahre entspringen mitnichten irgendwelchen ökonomischen Naturgesetzen. Sowohl auf der Ausgaben- (Haushalts-), als auch auf der Einnahmen- (Steuer-)Seite staatlicher Finanzpolitik gibt es große Spielräume. Noch immer vermeiden transnationale Konzerne Steuern in vielfacher Milliardenhöhe. Noch immer verschwenden Staaten Unsummen für nicht-nachhaltige, umweltschädliche Subventionen von der Agrarpolitik bis zur Nicht-Besteuerung von Kerosin.

Zweitens ist kohärente Politik im Sinne nachhaltiger Entwicklung nicht lediglich ein Kostenfaktor, sondern kann seinerseits zukünftige Kosten vermeiden: WissenschaftlerInnen schätzen die gesamtökonomischen Verluste durch den Tabakkonsum auf über 1,4 Billionen US-Dollar pro Jahr; durch Landdegradierung sind mehr als 10 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts in Gefahr; Investor-Staat-Streitbeilegungsfälle haben bislang mindestens 88 Milliarden US-Dollar gekostet. Auch darf nicht übersehen werden, dass Umsetzung in vielen Fällen nichts mit Kosten oder Finanzinvestitionen zu tun hat. Denn neben den omnipräsenten Markt- und Preismechanismen bzw. Investitionsplänen zur ökologischen

und sozialen Steuerung gibt es auch noch die gute alte Regulierung, die – richtig gemacht – nicht nur keine Kosten verursacht, sondern welche einspart.

Zuletzt lenkt der Fokus auf neue und potentiell nachhaltige(re) Investitionsziele davon ab, dass auch mit der grünsten Geldanlage kein Beitrag zur Umsetzung der SDGs oder der Klimaziele geleistet wird, wenn nicht gleichzeitig nicht-nachhaltige Verhältnisse beseitigt werden. Ein Windrad aufzustellen, vermindert nur dann Emissionen, wenn gleichzeitig Energie aus fossilen Energieträgern eingespart wird. So lange nachhaltige Investitionen nur das Sahnehäubchen auf einem ansonsten weiterhin verschwenderischen, ungerechten und unvernünftigen Wirtschaftssystem bleiben, wird die große Transformation ausbleiben.



Wolfgang Obenland

Der Autor ist Programmkoordinator des Global Policy Forum in Bonn.



© Josh Appel

Mit Risiken und Nebenwirkungen: Die Ideen zur Finanzierung der Agenda 2030 sind vielfältig.



3/2019

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

**SPEZIAL** ZUM  
NACHHALTIGKEITSGIPFEL  
DER VEREINTEN NATIONEN

**GROSSE ZIELE, ABER KEIN PLAN.**  
WO STEHT DIE AGENDA FÜR  
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?